



NEWSLETTER 09/2013

FORUM|MIGRATION



© Robert Kneschke – Fotolia.com

„Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch“

Info-Material zur Interkulturelle Woche und dem Tag des Flüchtlings 2013

Vom 22. bis 28. September findet die Interkulturelle Woche (IKW) 2013 statt. Das Motto in diesem Jahr: „Wer offen ist, kann mehr erleben.“ Auf dem Plakat, das für die IKW wirbt, heißt es prägnanter: „Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch.“ Zur Vorbereitung wurden der IKW wurden neben Plakaten auch wieder zwei Materialhefte veröffentlicht, die einen Blick auf die widersprüchliche migrationspolitische Lage im Land lenken. Die IKW sei seit Jahren – heißt es im gemeinsamen Wort der Kirchen – immer wieder „ein lebendiges Zeichen dafür, dass wir uns auf einem guten Weg zu einer echten Willkommenskultur befinden und trennende Mauern durchbrechen können“. Das lässt sich nicht bestreiten. Seit 1975 als die IKW zum ersten Mal stattfand – damals unter dem Namen „Tag des ausländischen Mitbürgers“ – hat sich vieles zum Positiven verändert, das Miteinander ist selbstverständlicher geworden, aber es ist nicht selbstverständlich.

Das ist die andere Seite. Nachdem über Jahre hinweg Kapazitäten abgebaut und jetzt Unterkünfte für Asylbewerber neu eröffnet werden müssen, tauchen alte Konflikte neu auf. Ein Beispiel: Berlin-Hellersdorf. Auf einer Informationsveranstaltung des Bezirks über ein geplantes Asylbewerberheim nutzen Rechtsradikale das für ihre fremdenfeindliche Parolen. Sie stießen damit auf Ablehnung, aber auch auf Zustimmung. Niemand muss sich darüber die Augen reiben. Zahlreiche Studien belegen, dass rassistische Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen.

Dem Tag des Flüchtlings, der seit 1986 Teil der IKW ist und in diesem Jahr am 27. September stattfindet, kommt deshalb besondere Bedeutung zu. „Wir brauchen offene Türen für Verfolgte.“ Dieser Satz von Bundespräsident Joachim Gauck ist nicht nur Ausdruck christlicher Nächstenliebe. Er ist auch ein Prüfstein für die politische Kultur in diesem Land.

Die Materialien können heruntergeladen werden unter:
www.interkulturellewoche.de

INHALT 09/2013

„Rassismus entsteht im Kopf. Offenheit auch“	1
UNHCR-Bericht	2
„Die Schreie der anderen“	2
Wahlberechtigte mit Migrations- hintergrund	2
Sprachtest im Visier	3
Beitrag zur Integration	3
„Aktiv für Demokratie und Toleranz“	3
Der selbstverständliche Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation – Kommentar von Dr. Karamba Diaby	4
Feiertage	4



UNHCR-Bericht

81 Prozent der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern

Die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen hat den höchsten Stand seit 1994 erreicht. Täglich werden rund 23.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Dies geht aus dem am 19. Juni 2013 in Genf veröffentlichten Bericht der UN-Flüchtlingsorganisation (UNHCR) „Global Trends“ hervor. Die Daten beruhen auf Angaben von Regierungen, nichtstaatlichen Partnerorganisationen und den Zählungen des UNHCR.

Ende des Jahres 2012 waren insgesamt 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Das sind fast drei Millionen Menschen mehr, als im Jahr davor (2011: 42,5 Millionen). Davon sind 15,4 Millionen Flüchtlinge, 28,8 Millionen Binnenvertriebene und 937.000 Asylsuchende.

„Dies sind wahrlich alarmierende Zahlen. Sie spiegeln im gewaltigen Ausmaß individuelles Leid wider

und zeigen die Schwierigkeiten der internationalen Staatengemeinschaft auf, Konflikte zu verhindern und rechtzeitig Lösungen für diese anzustreben“, so UN-Flüchtlingskommissar António Guterres.

Hauptursache für die weltweite Flucht und Vertreibung bleibt der Krieg. 55 Prozent der Flüchtlinge stammen aus fünf kriegsgebeutelten Staaten: Afghanistan (2,6 Millionen), Somalia (1,1 Millionen), Irak (746.400), Syrien (728.500) und dem Sudan (569.200). Hinzukommen neue Massenfluchtbewegungen aus Mali, der Demokratischen Republik Kongo und Äthiopien.

Bei der Aufnahme der Flüchtlinge wird die Kluft zwischen armen und reichen Ländern immer größer. Von den rund 10,5 Millionen Flüchtlingen unter UNHCR-Mandat befindet sich die Hälfte in Staaten mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 5.000 US-Dollar. Insgesamt leben 81 Prozent der Flüchtlinge in Entwicklungsländern – vor zehn Jahren waren es noch 70 Prozent.

Auch die Zahl der Binnenvertriebenen hat im Jahr 2012 einen neuen unruhigen Höchststand erreicht. Von den 28,8 Millionen Menschen unterstützt das UNHCR immerhin 17,7 Millionen. Die Hilfe für die Binnenvertriebenen ist schwierig, weil der Hilfe eine Anfrage an die Regierung vorausgehen muss, in deren Land die Vertriebenen leben.

Für immerhin 2,7 Millionen Menschen konnte 2012 jedoch eine dauerhafte Lösung gefunden werden, darunter auch 74.800 Menschen, die im Rahmen von Resettlement-Programmen aus Erstzufluchtstaaten in aufnahmefähige Drittstaaten umgesiedelt werden konnten.

Die Länder, in denen aktuell am meisten Flüchtlinge leben, sind Pakistan (1,6 Millionen), gefolgt vom Iran (868.200) und Deutschland (589.700).

Der UNHCR-Bericht Global Trends findet sich im Netz unter: http://unhcr.org/globaltrendsjune2013/UNHCR%20GLOBAL%20TRENDS%202012_V08_web.pdf

„Die Schreie der anderen“

Studie zur Situation an den südlichen Außengrenzen der EU

Der Satz von Papst Franziskus bei seinem ersten offiziellen Auftritt außerhalb Roms ist noch in Erinnerung. Auf der berühmt-berüchtigten Mittelmeerinself Lampedusa erklärte er: „Die Wohlstandskultur macht uns unempfindlich für die Schreie der anderen und führt zur Globalisierung der Gleichgültigkeit.“

Das Zitat kommt einem in den Kopf, wenn man eine unlängst erschienene Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) liest. Unter dem Titel „Fundamental rights at Europe's southern sea borders“ wird die Situation an den südlichen Außengrenzen der EU beleuchtet. Und die FRA macht Verbesserungsvorschläge, um die Rechte und das Leben der Flüchtlinge in Zukunft besser zu schützen.

Zunächst sieht die FRA den Ausbau des Schutzes der Flüchtlinge in den Transitländern – in Zusammenarbeit mit relevanten Organisationen wie dem UNHCR

– als ein Mittel, verzweifelte Menschen davon abzuhalten, sich der Gefahr einer Mittelmeerüberquerung auszusetzen. Die Stärkung des Gesetzes, Schutz vor Missbrauch und Zugang zur Justiz sind hierbei die relevanten Aufgabenfelder. Auch die Errichtung eines effektiven Asylsystems in den Transitstaaten könne helfen.

Mit Blick auf stattfindende Flucht müssten sich die Einsatzkräfte der EU auf die Rettung von Flüchtlingen vorbereiten, nicht deren Abwehr.

Die FRA stellt auch fest, dass nicht nur direkte Zurückweisung in das Heimatland, sondern auch die indirekte Zurückweisung – die in ein Land, in dem der Flüchtende Gefahr läuft, in sein Heimatland zurückgewiesen zu werden – dem in der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) festgelegten Grundsatz des „non-refoulement“ (Nicht-Zurückweisung) widerspricht.

Zusammengefasst drängt die FRA darauf, den Flüchtlingen auf dem Mittelmeer jede Hilfe zukom-



© Kong - photocase.com

men zu lassen, damit sie in einem Mitgliedstaat der EU ein gerechtes und faires Asylverfahren erhalten können, wie es beispielsweise auch in der GFK vorgesehen ist.

Weitere Informationen und die Studie gibt es im Netz unter: <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/fundamental-rights-europe-s-southern-sea-borders>

Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013

Wahlberechtigte	alle	davon Erstwähler
Insgesamt	5.839.000	534.000
Männer	2.852.000	286.000
Frauen	2.987.000	248.000

Die 5,8 Mio. Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund machen gut 9 % aller Wahlberechtigten aus.

Quelle: Bundeswahlleiter und Statistisches Bundesamt. Datenbasis Mikrozensus 2012



Sprachtest im Visier

EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein

Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, da aus ihrer Sicht der in Deutschland praktizierte Sprachtest beim Ehegattennachzug gegen EU-Recht verstößt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken hervor (Bundestagsdrucksache 17/14337).

Seit dem Jahr 2007 gilt die Regelung, dass nachziehende Ehepartner einen Sprachtest absolvieren, mit

dem sie nachweisen, sich in einfacher Sprache auf Deutsch verständigen zu können. Der Test muss im Herkunftsland abgelegt werden. Ausgenommen von der Prüfung sind Unionsbürgerinnen und -bürger sowie Staatsangehörige Australiens, Israels, Japans, Kanadas, Südkoreas, Neuseelands und der USA. Die Liste lehnt sich an § 41 der Aufenthaltsverordnung an, der Visumserleichterungen für Staatsangehörige bestimmter Staaten regelt.

Von der Pflicht zu einem Sprachtest sind zahlenmäßig vor allem türkische, russische und kosovarische Staatsangehörige betroffen. Aus Sicht der EU-Kommission

werde mit dem Test gegen die Richtlinie zur Familienzusammenführung (Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003) von Drittstaatsangehörigen verstößen. Eine Verweigerung des Nachzugsrechts bei schlechten Testergebnissen verletze die Richtlinie.

Die Bundesregierung, die zunächst zu einer Stellungnahme aufgefordert ist, hat angekündigt, dass sie am Sprachtest festhalten wolle. Sie beruft sich dabei auf einen Passus der Richtlinie, demzufolge der Staat Integrationsmaßnahmen von Zuwanderern verlangen kann. Bleibt sie bei dieser Haltung, wird am Ende der Europäische Gerichtshof entscheiden müssen.

Beitrag zur Integration

Stellvertretende DGB Vorsitzende zur Bildungsarbeit des Bereich Migration & Gleichberechtigung



© Kay Herschmann

Dass Integration von Zuwanderern heute weit vorn auf der Tagesordnung von Politik und Gesellschaft stehen, ist „weniger der Tatsache geschuldet, dass sich Deutschland längst als dynamisches Zuwanderungsland versteht. Vielmehr sorgen der demografische Wandel und der Bedarf an Fachkräften dafür, dass Menschen mit Migrationshintergrund zunehmend in den Blick genommen werden.“

Darauf verweist die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Elke Hannack, in einem Grußwort zum Programm des Bereichs Migration & Gleichberechtigung beim DGB Bildungswerk.

Angesichts nach wie vor bestehender Diskriminierungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ist diese Ausrichtung aus Sicht des DGB längst überfällig. Als ein entscheidendes Integrationshemmnis sieht Elke Hannack in der Abhängigkeit der Bildungschancen vom sozialen Status der Eltern und deren

Bildung: Deshalb, so Elke Hannack, fordert der DGB „ein bildungsbereichsübergreifendes Gesamtkonzept, das strukturelle Diskriminierung systematisch abbaut“. Dabei gehe es nicht darum, „dass sich Migrantinnen und Migranten der deutschen Kultur unterordnen und die eigene abstreifen“. Stattdessen sei ein gesellschaftliches Bewusstsein nötig, „dass sich unser Land mit Menschen nichtdeutscher Herkunft erweitert und weiterentwickelt“.

In diesem Kontext stehen auch die Angebote des Bereichs Migration & Gleichberechtigung. Elke Hannack: „Damit leistet das DGB-Bildungswerk einen wertvollen und erfolgreichen Beitrag für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.“

Das Grußwort von Elke Hannack steht im Netz unter: www.migration-online.de/beitrag_aWQ9ODk2MA_.html

Dort kann auch das Bildungsprogramm heruntergeladen werden.

„Aktiv für Demokratie und Toleranz“

Wettbewerb des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Mittlerweile zum 13. Mal schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus.

Ziele des Wettbewerbs sind ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Arbeit vor Ort für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar zu machen, übertragbare Beispiele zur Nachahmung zu empfehlen und dazu beizutragen, die Initiativen zu vernetzen und so den Transfer von Wissen, Kreativität und Knowhow zu fördern.

Gesucht werden vorbildliche und nachahmbare Projekte im Bundesgebiet, die in den Themenfeldern Demokratie, Toleranz, Integration, Extremismus, Antisemitismus und Gewaltprävention angesiedelt sind. Den Gewinnern winken Geldpreise im Wert von 2.000 bis 5.000 Euro. Anmeldeschluss ist der 27. September 2013.

Anmelden kann man sich ausschließlich über das Formblatt im Internet:
www.buendnis-toleranz.de/cms/ziel/503474/DE

Weitere Informationen findet man im Netz unter:
www.buendnis-toleranz.de/cms/beitrag/10035519/425892/

TERMINE

Fachgespräch: 11.10.2013

Arbeitsmarktpolitische Fachgespräche für Jobcenter

Ort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Tagung: 08.11.2013

Woche der Weiterbildung – bundesweites Auswertungs- und Vorbereitungstreffen
Ort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Fachgespräch: 15.11.2014

Arbeitsmarktpolitische Fachgespräche für private Betriebe und Verwaltungen
DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Weitere Informationen unter:
www.migration-online.de



Der selbstverständliche Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation

© SPD Halle



Kommentar von Dr. Karamba Diaby, Bundestagskandidat für den Wahlkreis 72 (Halle/Saale, Kabelsketal, Landsberg und Petersberg)

Als Kandidat für den Bundestag haben mich viele Presseanfragen erreicht. Die Anzahl der Anfragen geht vermutlich über das übliche Maß hinaus, welches jeder Kandidierende im Verlauf des Wahlkampfes zu stemmen hat. Ich will nicht klagen, aber es lohnt sich zu fragen, warum ausgerechnet meine Kandidatur ein solches nationales und internationales Echo findet.

Die Antwort auf diese Frage ist aus meiner Sicht einfach, aber dennoch aussagekräftig zugleich: Als im Senegal geborener und aufgewachsener Deutscher wäre ich der erste Bundestagsabgeordnete, dessen Wurzeln in Afrika liegen. Deutschland, wenn man

das so allgemein sagen kann, tut sich zunehmend leichter damit, sich als Einwanderungsland zu verstehen – das ist begrüßenswert. Andererseits ist es noch nicht gesellschaftlicher Konsens, dass die praktische Konsequenz dieser Aussage unweigerlich, oder besser: erfreulicherweise Veränderungen mit sich bringt. Irgendwann sollte es normal sein, dass Deutsche mit Migrationshintergrund ein politisches Amt anstreben.

Sowohl aus meiner beruflichen als auch meiner Erfahrung als ehrenamtlicher Stadtrat in Halle (Saale) sowie ehemaliger Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates weiß ich aber, dass nicht nur das gesellschaftliche Bewusstsein im Wandel ist. Uns muss es in den kommenden Jahren gelingen, den Slogan „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ mit ganz praktischen Entscheidungen Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu gehört dann auch, Integrationspolitik nicht als Randthema aufzufassen. Nur, wenn Integration als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe aufgefasst wird, wird man ihr auch wirklich gerecht. Ich finde deshalb den Gedanken sympathisch, dass es grundsätzlich um den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation geht – nicht nur von Migrantinnen und Migranten!

Die Kommunen vor Ort sind das Fundament unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Deshalb ist es so verheerend, wie von der aktuellen Bundesregierung durchgesetzt, das Programm „Soziale Stadt“ massiv

zu kürzen. Teilhabe von Migrantinnen und Migranten ist auf Dauer aber nur dann möglich, wenn wir mittelfristig Schritte einleiten, die das Staatsangehörigkeits- und Wahlrecht modernisieren. Die Weigerung, eine doppelte Staatsbürgerschaft anzuerkennen, ist ein Relikt aus Zeiten, die schon lange hinter uns liegen sollten. Mittelfristig ist es ein Muss, Abschlüsse, die nicht in Deutschland erworben worden sind, im Rahmen eines Anerkennungsverfahrens zu würdigen.

Ich habe eine Vision. Wenn mich meine Kinder in 20 Jahren fragen, warum meine Kandidatur eine so große Aufmerksamkeit hervorgerufen hat, werde ich antworten: „Das war ein Ausdruck der damaligen gesellschaftlichen Realität. Heute sind wir zum Glück weiter und haben die Aussage „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ tatsächlich mit Leben gefüllt.“ Wenn allein meine Kandidatur hier etwas bewegt hat, würde mich das bereits zufriedener machen.

In der Gegenwart nutze ich die mir zuteil gewordene Öffentlichkeit gern, um das bislang Erreichte zu würdigen und auf Chancen und Potenziale hinzuweisen, die in der Zuwanderung und in der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund liegen, aber im Hier und Jetzt noch nicht verwirklicht sind.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH



Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen und Kulturen im September begangen. Interkultureller Kalender 2013

6. September Rosch Haschana (jüdisch)

... ist der jüdische Neujahrstag auf den laut Talmud sowohl der Jahrestag der Schöpfung als auch die Geburt Adams fällt. Gleichzeitig ist es auch der Tag des Gerichts („Jom Hadin“): Es werden drei Bücher geöffnet, in eins werden die Gerechten eingetragen, die das Siegel des Lebens erhalten. In das zweite werden folglich die Bösen eingetragen, die das Siegel des Bösen erhalten. In das Dritte kommen die, die sowohl Gutes, als auch Böses vorzuweisen haben. Diese haben bis zum Versöhnungstag Zeit, sich zu bessern.

9. September Ganes Chaturathi (hinduistisch)

... ist eines der bedeutendsten Feste in Indien, das besonders in Mumbai groß gefeiert wird. Es ist der

Geburtstag Ganeshas, des Gottes der Weisheit, des Glücks und des Erfolgs.

9. September Jom Kippur (jüdisch)

Der Versöhnungstag ist der höchste jüdische Feier- und Fastentag. Dieser Fastentag wird auch eingehalten, sollte er auf einen Sabbat fallen. Streng religiöse Juden tragen an diesem Tag keine Lederschule und kleiden sich ganz in Weiß. An diesem Tag wird über die Mittelmäßigen Gericht gehalten und diese erhalten entweder das Siegel des Lebens oder des Todes.

19.bis 25. September Sukkot (jüdisch)

Einer der 3 jüdischen Pilgertage. Er dauert 7 Tage, beziehungsweise 8 Tage in der Diaspora. Das „Laubhüttenfest“ soll an die Tage der Wüstenwanderung des Volkes Israel erinnern. Das Fest ist meist nur noch für gläubige Juden von Bedeutung. Sie bauen Laubhütten, in denen sie essen und auch schlafen.